

Sebastian Heilmann

Das Potential für soziale und politische Unruhen in der VR China

Im Zusammenhang mit der Frage der Nachfolge Deng Xiaopings werden in China und im Ausland immer wieder dramatische *worst-case*-Szenarien für einen Zusammenbruch der politischen und sozialen Ordnung in der Volksrepublik China diskutiert: Die Autorität der Kommunistischen Partei und ihres Sicherheitsapparats werde nach Dengs Tod endgültig verloren gehen, die Regionen würden sich Anordnungen der zentralen Führung offen widersetzen, in vielen Landesteilen werde es zu massenhaften Wanderungsbewegungen, Bauernunruhen und sogar zum Bürgerkrieg kommen.¹

In diesem Beitrag soll eine vorläufige Bestandsaufnahme des regionalen Potentials für soziale und politische Unruhen in der VR China anhand der zugänglichen Daten und Dokumente vorgenommen werden. Der Überblick konzentriert sich auf die sozialen Gruppen und Kräfte, die in den Jahren seit 1989 an Unruhen in den *han*-chinesischen Kerngebieten des Herrschaftssystems beteiligt gewesen sind. Ethnische Konflikte, die in peripheren Regionen wie Tibet und Xinjiang immer wieder aufflammen, sind von Thomas Heberer in einer speziellen Studie behandelt worden und bleiben hier weitgehend ausgeklammert.² Im Vergleich zur ehemaligen Sowjetunion (mit einem Anteil an nicht-russischen ethnischen Gruppen von nahezu fünfzig Prozent) kann China mit einem Minderheitenanteil von insgesamt nur acht Prozent als ethnisch überwiegend homogen angesehen werden. Obwohl Unruhen in den Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten besonders häufig auftreten (siehe unten "Illegale Demonstrationen, Versammlungen und Streiks"), erscheint es nur unter außergewöhnlichen Umständen - etwa bei einem Verlust der Handlungsfähigkeit in der Beijinger Zentrale und in der Armeeführung - möglich, daß ethnische Konflikte den Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems herbeiführen könnten.

Interne Daten und Analysen zur Lage der öffentlichen Ordnung in der VR China

Soziale und politische Unruhen, die die Stabilität der politischen Ordnung gefährden, gehören aus der Sicht der kommunistischen Führung zu den sensibelsten Bereichen der Herrschaft und werden bis heute in der Regel als *arcantum imperii* behandelt. Meist wird in China nur über isolierte, spektakuläre Vorfälle berichtet, wenn die Aufklärung über die Vorfälle aktuellen politischen Zielsetzungen der Zentralregierung etwa in der Bekämpfung lokaler Mißstände dienen kann. Die relativ ausführliche

Berichterstattung über lokale Bauernunruhen im Sommer 1993 ist in diesem Zusammenhang verständlich. Sie sollte der Disziplinierung der lokalen Führungen dienen, die eine von den Vorgaben der Zentrale abweichende Politik betrieben (siehe unten "Bauernunruhen"). Ein repräsentatives Bild über die landesweite Verteilung von Demonstrationen, Unruhen, Streiks etc. entsteht aus den in den offiziellen Medien verbreiteten Einzelnformationen nicht.

Hierfür müssen interne Dokumente und Informationen aus dem Bereich des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MfÖS) herangezogen werden, die jüngst in wachsender Zahl in der Hongkonger Presse (vor allem in der Zeitschrift *Zhengming*, die über Informanten in der Umgebung des ZK-Hauptbüros der KPCh verfügt) publiziert wurden und deren Authentizität im nachhinein in mehreren Fällen durch Meldungen aus der VR China bestätigt wurde.

Aufgeschreckt von der schockierenden Erfahrung spontaner, landesweiter Proteste im Jahre 1989, hat der Sicherheitsapparat mehrere systematische Datensammlungen und Analysen über die soziale und politische Stabilität in den verschiedenen Regionen des Landes zusammengestellt.

Besonders aufschlußreich ist das streng vertrauliche Dokument (1991) 1106 des Staatsrates der VR China: "Daten und Analysen zur politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage in den 30 Provinzen, Autonomen Regionen und Regierungsunmittelbaren Städten des Landes".³

In dem Dokument werden 14 der insgesamt 30 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene als "instabil" (Hainan, Fujian, Xinjiang, Tibet, Yunnan, Shaanxi) oder "potentiell instabil" (Beijing, Sichuan, Anhui, Shanxi, Hubei, Innere Mongolei, Jiangxi, Henan) eingestuft. Die Angaben sind in dem beigefügten Schaubild (siehe unten) graphisch umgesetzt. Der Anteil der als problematisch eingestuften Regionen an der Gesamtfläche der VR China beträgt rund 64 Prozent, der Anteil an der Gesamtbevölkerung (1991: 1,158 Mrd.) etwa 47 Prozent.⁴

Im Mai 1994 wurde auf einer Konferenz der Sicherheitsbehörden die damalige Einschätzung für einige wichtige Regionen bekräftigt: Das Unruhepotential in Sichuan, Shaanxi, Shanxi, Hubei, Xinjiang und Liaoning sowie auch in einigen Stadtbezirken Beijings wurde als besonders schwerwiegend eingestuft.⁵

Illegale Demonstrationen, Versammlungen und Streiks

Sporadisch drangen bereits während der achtziger Jahre immer wieder Meldungen über isolierte und meist kurzlebige lokale Demonstrationen und Proteste aus China ins Ausland. In den beiden Jahren 1990 und 1991, in denen die repressive Atmosphäre der Zeit nach der Unterdrückung der Protestbewegung von 1989 anhielt, soll es landesweit zu insgesamt 523 ungenehmigten Demonstrationen mit jeweils mehr als 10 Teilnehmern gekommen sein. Darüber hinaus hätten 87 Angriffe auf Behörden (Blockierung, Erstürmung oder Verwüstung von Verwaltungsgebäuden) stattgefunden, wovon 65 zu blutigen Auseinandersetzungen führten.⁶

Tabelle 1: Illegale Demonstrationen, Versammlungen und Streiks in der VR China (1992)

Verwaltungs- einheit	Demonstr./ Illegale Verslgen.	Streiks	Vorfälle (insges.)
Sichuan	40	38	78
Jiangxi	20	32	52
Hunan	20	30	50
Anhui	25	18	43
Shaanxi	17	20	37
Shanxi	22	13	35
Heilongjg.	9	25	34
Xinjiang	13	20	33
Henan	10	22	32
Inn.Mongolei	11	20	31
Hubei	15	15	30
Hebei	18	11	29
Liaoning	9	20	29
Guangxi	11	15	26
Guizhou	7	19	26
Guangdong	11	12	23
Zhejiang	9	13	22
Qinghai	7	12	19
Yunnan	6	12	18
Hainan	8	9	17
Jilin	12	3	15
Beijing	7	6	13
Shandong	2	11	13
Gansu	4	8	12
Ningxia	5	7	12
Jiangsu	3	8	11
Fujian	3	8	11
Tibet	4	6	10
Tianjin	3	5	8
Shanghai	-	2	2
	331	440	771

Quelle: "Bericht über illegale Demonstrationen, Versammlungen und Streiks im Jahre 1992" des MfÖS, Februar 1993. Zit.n. ZM, 93/3, S.19.

In seinem "Bericht über illegale Demonstrationen, Versammlungen und Streiks im Jahre 1992" schlüsselte das Ministerium für Öffentliche Sicherheit die regionalen Vorfälle nach Provinzen auf. Die größte Zahl von ungenehmigten Demonstrationen ereignete sich 1992 in Sichuan (40 Vorfälle), Anhui (25), Shanxi (22), Jiangxi und Hunan (jeweils 20), Hebei (18) und Shaanxi (17). Sichuan führt als bevölkerungsreichste Provinz bei der Anzahl der Streiks ebenfalls die Liste an (38 Vorfälle), gefolgt von Jiangxi (32), Hunan (30), Heilongjiang (25), Henan (22), Shaanxi, Liaoning, Innerer Mongolei und Xinjiang (jew. 20).⁷ Die Angaben des Dokuments sind in Tabelle 1 aufgeführt. Darüber hinaus soll es 1992 immerhin 75 Attacken auf Partei- und Verwaltungsbehörden gegeben haben. Außerdem hätten sich 46 Demonstrationen explizit gegen die örtlichen Sicherheitsbehörden gerichtet.⁸

Setzt man die Bevölkerungszahl in Relation zur Anzahl der Vorfälle, so zeigt sich, daß nach den von ethnischen und religiösen Konflikten geprägten Regionen (Tibet, Qinghai, Ningxia, Xinjiang und Innerer Mongolei - in dieser Reihenfolge) die Provinzen bzw. Regierungsmittelbaren Städte Jiangxi, Shanxi, Beijing, Shaanxi, Heilongjiang und Tianjin besonders viele Vorfälle aufweisen.

Die Relation zwischen regionaler Industriearbeiterschaft und der Zahl der Streiks macht deutlich, daß ebenfalls die von ethnischen Minderheiten bewohnten Gebiete Tibet, Qinghai, Hainan, Ningxia und Xinjiang die größte Zahl von Arbeiteraktionen aufweisen (in Tibet hat 1992 unter 14.000 Industriearbeitern einer an einem Streik teilgenommen), gefolgt von den Provinzen Guizhou (wo sich immerhin einer von 60.000 Industriearbeitern an einer Arbeitsniederlegung beteiligte), Jiangxi, Shaanxi und Guangxi. In den Industriezentren Beijing und Tianjin nahm hingegen nur jeder vierhunderttausendste Arbeiter an einem Streik teil (jeweils eigene Berechnungen). Shanghai, wo mehr als vier Millionen Industriearbeiter es nur auf zwei Streiks brachten, kann geradezu als Modellfall für "Stabilität" im Sinne der kommunistischen Führung angesehen werden.

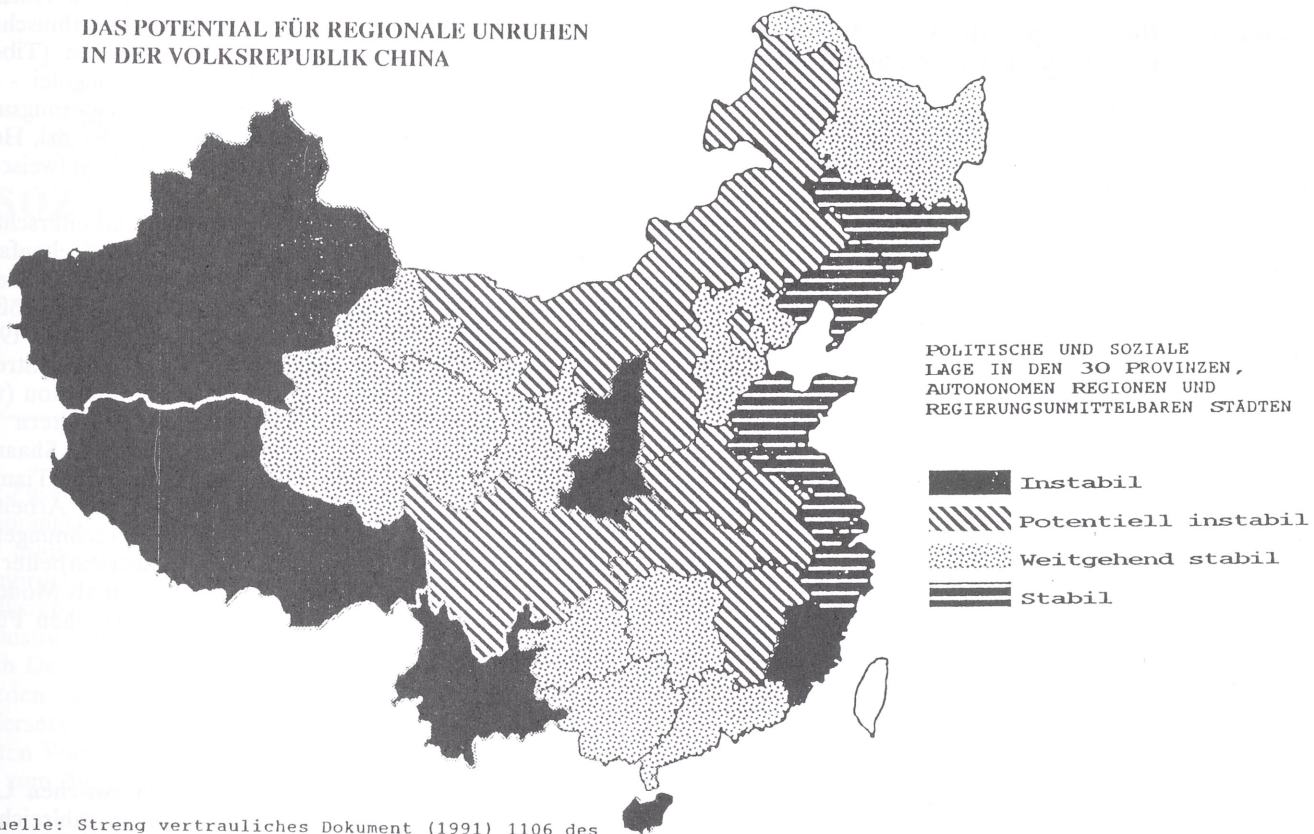
Arbeiterproteste und Streiks

In jüngster Zeit nehmen die Spannungen zwischen Unternehmensführungen und Arbeiterschaft in zahlreichen chinesischen Betrieben offenbar stark zu. Die Beijinger Führung ist aufgerüttelt durch eine Welle von Streiks, Protesten und Petitionen, die sich richten gegen inflationsbedingte Einkommensverluste, Verzögerungen der Lohnzahlungen, drohenden Arbeitsplatzverlust in staatlichen Unternehmen, die Korruption der Betriebsführungen sowie - besonders in Unternehmen, die unter Hongkonger oder taiwanesischer Leitung stehen - gegen miserable Arbeitsbedingungen und mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen.

Einem Bericht des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MfÖS) über "illegale Demonstrationen, Versammlungen, Streiks, Unruhen und Rebellionen" im Jahre 1993 zufolge (geheimes MfÖS-Dokument Nr.94016 vom 2. März 1994) haben sich in China im letzten Jahr mehr als 850 verbotene Demonstrationen und Kundgebungen ereignet. Außerdem sei es zu mehr als 1.210 illegalen Versammlungen im Rahmen von Petitionsaktionen oder Sitzstreiks gekommen. Darüber hinaus habe man mehr als 6.320 illegale Streiks bzw. organisierte Bummelstreiks registriert, an denen sich rund 320.000 Personen beteiligt hätten. Als isolierte Unruhen (*dongluan*) wurden über 440 Vorfälle eingestuft, als breiter angelegte "Rebellionen" (*baoluan*) mehr als 210.⁹

Im Frühjahr 1994 traten Arbeiteraktionen gehäuft auf. Besonders betroffen sollen Großunternehmen in den Provinzen Liaoning, Shandong, Sichuan, Shaanxi, Hebei, Heilongjiang, Hunan und Jiangxi gewesen sein, wo es in manchen Fällen zur Gründung unabhängiger Arbeitervertretungen und zu öffentlichen Demonstrationen von mehreren tausend Arbeitern kam. Die Arbeiter beschwerten sich unter anderem über die Verletzung von Interessen der Arbeitnehmer im Zuge der Unternehmensreformen, Verzug bei der Auszahlung der Löhne sowie über Wegfall von Prämien und Unterhaltszuschüssen trotz steigender Lebenshaltungskosten.¹⁰

DAS POTENTIAL FÜR REGIONALE UNRUHEN IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA



[Quelle: Streng vertrauliches Dokument (1991) 1106 des Staatsrates der VR China, zit.n. Zhengming 1/1992]

Dr. Sebastian Heilmann, Institut für Asienkunde, Hamburg

Oft gaben die regionalen Führungen einzelnen Forderungen der Arbeiter nach, so daß es bis auf einzelne Ausnahmen nicht zu größeren, blutigen Unterdrückungsmaßnahmen durch die Sicherheitskräfte kam. Allerdings sind die Parteiorganisationen in allen Großunternehmen angewiesen worden, ihre Kontrolle über die offizielle Gewerkschaftsorganisation zu verstärken und unter allen Umständen zu verhindern, daß autonome Arbeitervertretungen in den Unternehmen Fuß fassen.¹¹

Bauernunruhen

Im Sommer 1993 wurden aus China zahlreiche Meldungen über Bauernunruhen bekannt. In mehr als 170 Orten soll es zu überwiegend gewalttätigen Protesten gekommen sein. Die dichtbesiedelten Inlandsprovinzen Hunan, Hubei, Sichuan, Anhui, Jiangxi, Hebei und Henan waren nach den vorliegenden Informationen besonders betroffen.¹²

Die Bauern sind in den letzten Jahren zu Verlierern der Politik der Wirtschaftsreformen geworden. Nach 1979 waren ihre Einkommen zunächst schneller gewachsen als die der Städter. Doch seit Mitte der achtziger Jahre vergrößerte sich der Abstand zur Stadtbevölkerung wieder, und in den letzten Jahren waren die Einkommenszuwächse immer ungleicher verteilt. Auf dem Land soll es inzwischen etwa 140 Mio. überschüssige Arbeitskräfte geben. Darüber hinaus erheben lokale Verwaltungen bei den Bauern willkürliche Abgaben und nutzen öffentliche Mittel, die den Bauern zugute kommen sollen, zur privaten Bereicherung oder für Industrie- und Infrastrukturprojekte. Die gewaltsamen Ausschreitungen in ländlichen Gebieten, die seit 1991 immer häufiger auftraten

und im Sommer 1993 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, werden von einigen Mitgliedern der zentralen Führung als eine der größten Bedrohungen für ihre Herrschaft begriffen. Den Mißständen auf dem Land konnten sie jedoch nicht Einhalt gebieten.

Zu diesen Entwicklungen trägt die Schwächung der Parteiorganisation in vielen ländlichen Regionen und der allmähliche Verlust der politischen Kontrolle wesentlich bei. Die Parteiführung hat schon mehrfach Direktiven ausgegeben, um diesen Auflösungserscheinungen entgegenzutreten, aber das "organisatorische Leben" der KP scheint in ländlichen Regionen unaufhaltsam zu zerfallen.¹³ Dort haben während der achtziger Jahre traditionelle Clan-Organisationen sowie religiös-kultische und auch kriminelle Geheimbünde als autonome soziale Kräfte einen großen Aufschwung erlebt.

Isoliert betrachtet, könnten diese Entwicklungen auf eine Selbstbehauptung gegenüber der Staatsgewalt hindeuten. Die ländliche Gesellschaft hat sich gewisse Formen der Selbstverwaltung bewahren oder zurückerobern können; sie bildet aber - gerade auch wegen der massenhaften Abwanderung in die städtischen Ballungsräume - keine treibende Kraft für eine gesellschaftliche Modernisierung oder gar für einen politischen Systemwandel. Bisher sind, trotz immer wieder aufflammender heftiger lokaler Unruhen, nicht einmal Ansätze zu einer Organisation bekannt geworden, die Interessen der Bauern oberhalb der Dorfebene unabhängig artikulieren und vertreten könnte.

Kultisch-religiöse Geheimgesellschaften

Eines der schillerndsten Phänomene der Reformära ist das Wiederaufleben kultisch-religiöser Sekten und Geheimgesellschaften (*huidaomen*), vor allem in ländlichen

Regionen. Diese zum Teil auf jahrhundertealte Vorläufer und Traditionen zurückgreifenden Vereinigungen können als "Urgestein" einer sich gegenüber staatlicher Kontrolle behauptenden gesellschaftlichen Sphäre in China verstanden werden. Die religiösen Gemeinschaften waren wegen ihrer häretischen Lehren fast stets von staatlicher Repression bedroht und entwickelten zum Zwecke der Geheimhaltung verschwörerische Praktiken, die sie bis heute den chinesischen Machthabern als bedrohlicher erscheinen lassen, als sie es wahrscheinlich sind. In wirtschaftlichen Notzeiten wurden solche Vereinigungen allerdings immer wieder zu Kristallisationspunkten sozialer Unruhen. Auch der kommunistischen Herrschaft bereiteten diese Organisationen vor allem während der Phase der Herrschaftskonsolidierung in den fünfziger Jahren erhebliche Probleme.¹⁴

Über aktuelle Verbreitung und Aktivitäten dieser Sekten ist naturgemäß wenig bekannt. Allerdings ist ein interner, ausführlicher Bericht des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit von 1985 über "reaktionäre Geheimgesellschaften" ins Ausland gelangt. Darüber hinaus sind auch kürzlich in der VR China veröffentlichte Lokallernalen (*difang zhi*) eine Fundgrube für Aktivitäten dieser Vereinigungen.¹⁵

Mitte der achtziger Jahre schätzten die Sicherheitsbehörden die Geheimgesellschaften als die bedeutendste "konterrevolutionäre" Kraft ein. Es gebe über 300 verschiedene, zum Teil weitverzweigte, oft schwer greifbare Organisationen, deren Gebräuche eine üppige Vielfalt aufwiesen, auch wenn sie nominell derselben Sekte angehörten. Die am weitesten verbreitete Sekte sei die synkretistische "Gesellschaft für Beharrlichkeit" (*Yiguan Dao*), die über rege Verbindungen zu verwandten Vereinigungen in Hongkong, Taiwan und Südostasien verfüge und dem kommunistischen Regime überaus feindselig gegenüberstehe.

Besonders rege seien die Aktivitäten der Geheimgesellschaften in Henan, Shaanxi, Sichuan und Yunnan, wo sie historisch fest verwurzelt seien und auf für sie günstige soziale Voraussetzungen träfen (Armut, Aberglaube, Ablehnung der Geburtenkontrolle etc.). Nicht selten verfügten die Vereinigungen dort über mehrere tausend Mitglieder und pflegten überregionale Kontakte. Gezielt und mit Erfolg sei in solchen traditionellen Hochburgen der Geheimsekten die Parteiorganisation unterwandert worden. Das MfÖS stellte 1985 fest, daß einige "lokale Basisorganisationen [der Kommunistischen Partei] von reaktionären Geheimgesellschaften kontrolliert werden". Wie verbreitet dieses Phänomen heute ist, läßt sich anhand der zugänglichen Quellen nicht bestimmen.

Kriminelle Geheimbünde - Organisiertes Verbrechen

Ein vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit gemeinsam mit dem Hauptbüro des Staatsrates erstelltes Dokument¹⁶ beschäftigt sich mit der Bekämpfung von Geheimbünden krimineller Provenienz (*hei shehui, banghui* etc.).

Diese chinesischen Mafias kontrollieren nach Eingeständen der offiziellen chinesischen Medien in einigen Regionen inzwischen ganze Wirtschaftszweige (Märkte für Agrarprodukte, Düngemittel, Kredite etc.), sind im Drogen- und Waffenhandel wie auch in der mas-

senhaften Fälschung von Geld und Pässen, im Schmuggel oder Raub von Waren und Menschen engagiert, verfügen über eigene Ordnungstrupps und Schlichtungsinstanzen und bilden eine weitverzweigte Unterwelt, die in ihrer Grundstruktur, wenn auch nicht in ihrer Größe mit der vergleichbar ist, die auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion existiert. Solche kriminellen Vereinigungen sollen auch häufig hinter Unruhen in ländlichen Regionen stehen, indem sie die Bevölkerung zum Widerstand gegen die lokalen Behörden aufwiegelten.¹⁷

In der Zeitspanne zwischen Januar 1990 und Juli 1993 sind nach offiziellen Angaben die Regionen Yunnan, Guangxi, Guangdong, Guizhou, Sichuan, Xinjiang, Shaanxi, Heilongjiang, Fujian, Hainan und Henan am schwersten von organisierter Gewaltkriminalität betroffen gewesen. Allein in der ersten Jahreshälfte 1993 habe es vor allem in diesen Regionen 483 bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und kriminellen Banden gegeben, in denen über 830 Bandenmitglieder getötet und über 2.300 verhaftet worden seien. Auch zahlreiche Polizisten seien getötet oder verwundet worden.

Die innerchinesischen Mafias verfügen zum Teil über Verbindungen zum internationalen organisierten Verbrechen (in Hongkong und im westlichen Ausland unter dem Begriff "Triaden" zusammengefaßt) und sollen an zahlreichen Orten Behörden, Parteiorganisation, Zoll, Handel und Banken unterwandert haben.

Im Frühjahr 1992 waren den Sicherheitsbehörden über 1.830 solcher organisierter Verbrecherbanden bekannt, die zum Teil landesweit operierten und in manchen Fällen mehrere tausend Mitglieder aufbieten sollen.¹⁸

Illegale politische Organisationen

Seit den siebziger Jahren wurden in zahlreichen chinesischen Städten private Diskussionszirkel und Assoziationen gegründet, die sich während der achtziger Jahre zum Teil zu inoffiziellen Organisationen verdichteten und zu regelmäßigen Treffen zusammenkamen. Im engeren Sinne politische Gruppierungen bildeten nur die Minderheit.¹⁹

Nachdem der Staatsrat im Juni 1987 ein Zirkular zur Auflösung illegaler, nicht offiziell registrierter Organisationen verbreitet hatte, wurden von Juni 1987 bis September 1992 insgesamt Tausende dieser Vereinigungen aufgelöst, mehrere zehntausend Personen wurden in die Maßnahmen (Verhöre, Verwarnungen, Disziplinar- und Haftstrafen) verwickelt. 62 der betroffenen Organisationen richteten sich angeblich explizit gegen das kommunistische Regime, darunter auch einige gewaltbereite, terroristische Gruppierungen.²⁰

Trotz dieser Unterdrückungsmaßnahmen, die nach der Demokratiebewegung 1989 ihren Höhepunkt erreichten, ließ sich die Entwicklung vielfältiger Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation nicht aufhalten. Heute existiert in China ein breites Spektrum verschiedenster inoffizieller Gruppen und Organisationen.

1991 sollen in 12 Großstädten (Beijing, Tianjin, Shanghai, Guangzhou, Fuzhou, Hangzhou, Shenyang, Chengdu, Wuhan, Nanjing, Chongqing, Xi'an) zwischen 60 und 70

oppositionelle Untergrundorganisationen existiert haben. In der Mehrzahl handelte es sich um Folgeorganisationen der Bewegung von 1989, darunter eine "Chinesische Fortschrittsallianz" und eine "Sozialdemokratische Partei Chinas". Alle diese politischen Vereinigungen hatten in der Regel nicht mehr als ein paar Dutzend Mitglieder.

Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren auch immer wieder Organisationen von Mao-Loyalisten und Anhängern der kulturrevolutionären Linken aufgedeckt, die sich gegen die politische Linie der nachmaoistischen kommunistischen Führung wenden, die als Preisgabe der revolutionären Traditionen abgelehnt wird. Viele enttäuschte Parteimitglieder sollen solchen Organisationen angehören und in manchen Staatsbetrieben zur Aufwiegung der Arbeiter beigetragen haben.²¹ Zur Zeit sollen in rund 30 chinesischen Städten politische Untergrundorganisationen verschiedener Couleur aktiv sein.²²

Tabelle 2: Politische Untergrundorganisationen in der VR China
(Ausgewählte Beispiele aus den Jahren seit 1989)

<i>Demokratieorientierte Organisationen</i>	<i>Gründung</i>
Liberal-demokratische Partei	1991, Beijing
Chines. Fortschrittsallianz	1990, Beijing Tianjin
Sozialdemokratische Partei	1991, mehrere Provinzen
Demokratische Fortschrittspartei	? , Fujian
Gewerkschaft "Solidarität"	? , Shandong
"Friedens-Charta"	1993, Beijing
Vereinigung für Menschenrechte	1993, Shanghai
Vereinigung zum Schutz der Arbeitsrechte	1994, Beijing

<i>Unabhängigkeitsbewegungen</i>	
Gerechtigkeitspartei	1987, Xinjiang
Islamische Partei Ostturkestans	? , Xinjiang
Unabhängigkeitspartei	1987, Innere Mongolei
Komitee für nationale Selbstverwaltung	? , Innere Mongolei

<i>Maoistische Organisationen</i>	
Studiengesellschaft für die Ideen Mao Zedongs	in 80ern, Hunan
Gewerkschaft "7.Februar"	1967/76, Henan
Jinggangshan-Kolonnen	1967/76, Jiangxi

Quellen: C.a. 94/1, S.11-12; 94/3, S.247; ZM, 92/9, S.29-31; 92/11, S.27; 93/1, S.25; FAZ, 26.10.93; Militärischer Nachrichtendienst der Republik China, *Dalu minzhong kangbao ji xinli qingshi huibian* (Dokumentation über den Widerstand gegen die Diktatur und die psychologische Lage der Bevölkerung auf dem Festland), Taipei 1992, S.1-19.

Über diese im engeren Sinn politischen Vereinigungen hinaus wächst die Zahl der "unpolitischen" gesellschaftlichen Vereine. Von der landesweiten Vereinigung für *Qigong* (vitalitätsfördernde Atemübungen) über Bruderschaften von demobilisierten Soldaten bis hin zur Umweltschutzinitiative haben sich zahlreiche unabhängige Vereinigungen gebildet. Diese Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation werden von der Partei in den letzten Jahren teilweise geduldet oder sogar zur formellen Registrierung unter einer Vormundschaftsinstitution (*gaokao danwei*) zugelassen, solange sie keine unmittelbar politischen Aktivitäten unternehmen. Die Sicherheitskräfte beobachten jedoch diese Vereine und verfügen über Listen der wichtigsten Aktivisten, um im Ernstfall sofort gegen sie vorgehen zu können.

Warnungen vor Unruhen als Ausdruck politischer Interessen

Das innerchinesische Unruhepotential, das sich aus den gerade vorgestellten, oft bruchstückhaften Daten und Informationen herauslesen läßt, scheint auf den ersten Blick beachtlich. Der soziale und politische Sprengstoff, der sich im Laufe der Wirtschaftsreformen angesammelt hat, könnte eine Bedrohung für das kommunistische Regime darstellen, wenn es eine Initialzündung gäbe, die in verschiedenen Regionen gleichzeitig wirkte.

Dennoch müssen an dieser Stelle zur Relativierung von Bürgerkriegs-Szenarien die speziellen Interessen hervorgehoben werden, die verschiedene institutionelle Ebenen des politischen Systems (Zentralregierung, Provinzfürhungen, Sicherheitsapparat) mit ihren Darstellungen der Sicherheitslage in China verfolgen: Es ist wahrscheinlich, daß die innerhalb Chinas zirkulierenden internen Papiere aus verschiedenen Motiven beträchtliche Übertreibungen und Dramatisierungen der Unruherisiken enthalten.

a) Die zentrale Führung in Beijing

Die in letzter Zeit sich häufenden Warnungen von führenden Vertretern der Beijinger Zentrale vor einem Verfall der öffentlichen Ordnung in weiten Teilen des Landes entspringen einerseits einer offenkundig tiefen Besorgnis angesichts des allmählichen Verlustes der politischen und sozialen Kontrolle gegenüber der Bevölkerung. Andererseits dienen die Appelle zur Bekämpfung von Unruhefaktoren auch der Disziplinierung der regionalen Führungen und der Rechtfertigung für die Unterdrückung aller Formen organisierter politischer Opposition: Mit dem Slogan der Stabilitätssicherung wird die politische Repression im Dienste der Machterhaltung beschönigt.

Im Juni, jeweils zum Jahrestag der Unterdrückung der Protestbewegung von 1989, dienen die Aufrufe zur Bekämpfung sozialer Unruheerscheinungen zugleich der rückwirkenden Rechtfertigung für das damalige brutale Vorgehen. In diesem Jahr stellte Partei- und Staatschef Jiang Zemin klar, daß die Unterdrückung der Unruhen von 1989 den Grundstein für den Erfolg der Wirtschaftsreformen in den Jahren danach gelegt habe. Stabilität sei in China nur durch die konsequente und vorbeugende Unterdrückung unruhiger Elemente zu garantieren.²³

b) Der Sicherheitsapparat

Die dramatischen Schilderungen des Verfalls der Ordnung von seiten des chinesischen Sicherheitsapparats, die sich in internen Dokumenten und gelegentlich auch in den offiziellen Medien finden, lassen sich einerseits mit der in geschlossenen, repressiven politischen Systemen üblichen Paranoia von Sicherheitsorganen erklären: Für Unruheerscheinungen in der Bevölkerung werden gezielte Manipulationen und Verschwörungen "feindlicher Kräfte" (*didui shili*) im In- und Ausland verantwortlich gemacht.²⁴

Andererseits geht es den Sicherheitskräften wie anderen Institutionen des chinesischen Behördensystems auch um die Erhöhung ihres institutionellen Gewichts, eine Verbesserung der Ausstattung und um die Aufstockung des Personals. Der chinesische Sicherheitsapparat steht hier in harter Konkurrenz mit anderen Institutionen um knappe Haushaltsmittel und um eine zentrale Stellung im politischen System. Die Dramatisierung der Unruhesituation stärkt das Gewicht der Sicherheitskräfte; der Ausbau des chinesischen Polizeiapparats in den letzten zehn Jahren²⁵ ist ein Erfolg dieser Strategie.

c) Die regionalen Führungen

Welche Ziele regionale Führungen verfolgen können, wenn sie über wachsende soziale Spannungen in ihrem Verwaltungsbereich klagen, wurde auf der NVK-Jahrestagung im März dieses Jahres deutlich. Die Delegierten aus der Provinz Shaanxi, darunter der Provinzgouverneur und der Bürgermeister der Provinzhauptstadt Xi'an, warnten vor einer sozial explosiven Mischung aus Inflation, Einkommensverlusten in Teilen der Arbeiterschaft, wachsendem Stadt-Land-Gefälle und Religionskonflikten: "Wenn die Stabilität in Shaanxi nicht aufrechterhalten werden kann, dann wird Nordwestchina insgesamt in Mitleidenschaft gezogen".

Die Warnungen vor einer regionalen Destabilisierung wurden zugleich mit der Artikulierung handfester Interessen verbunden: Die Delegierten forderten die Zentralregierung auf, die Provinz finanziell stärker in ihren Modernisierungsbemühungen zu unterstützen, um eine Eskalation der Spannungen in der Region zu verhindern.²⁶ Der Abbau regionaler sozialer Spannungen soll also durch verstärkte Mittelvergabe der Zentralregierung bewerkstelligt werden. Die Konkurrenz mit anderen Regionen um solche Mittel wird ausgetragen, indem Ängste vor regionalen Unruhen heraufbeschworen werden.

Ein Protestpotential, das der Mobilisierung harrt

Ungeachtet der politischen Interessen, die mit der Dramatisierung des Unruhepotentials verbunden sind: gemessen am Maßstab total(itär)er "Stabilität und Einheit", wie sie nach leninistischen Vorstellungen allumfassender politischer Kontrolle herrschen sollten, muß das Ausmaß der sozialen Unruheerscheinungen den chinesischen Machteliten bedrohlich erscheinen.

Am explosivsten ist die Lage in den Regionen, die eine besonders hohe Konzentration maroder Staatsunternehmen und im Modernisierungsprozeß zurückbleibender

ländlicher Gebiete aufweisen. Arbeiter bzw. Bauern in diesen Bereichen gehören zu den großen Verlierern der Wirtschaftsreformpolitik. Sie bilden zusammen mit den entwurzelten Wanderarbeitern ein vagabundierendes Protestpotential, das Gegner der jetzigen Beijinger Führung - sowohl orthodoxe Marxisten-Leninisten als auch demokratieorientierte Oppositionelle - für ihre Zwecke mobilisieren könnten. Zur Zeit sind allerdings kaum Anzeichen dafür zu erkennen, daß solche Mobilisierungsversuche unternommen werden: Orthodoxe Kräfte in der Parteizentrale hegen stets ein großes Mißtrauen gegenüber unkontrollierbaren Straßenaktionen der Bevölkerung und scheinen ihre Energie weiterhin auf parteiinterne Flügelkämpfe zu konzentrieren. Chinesische Dissidenten und Oppositionsgruppen aber haben erst seit kurzem ihr Augenmerk auf die Chancen einer Allianz mit unzufriedenen Arbeitern und Bauern gerichtet.²⁷

Aus sich heraus sind die Bauern genauso wenig wie die Wanderarbeiter zur Organisierung einer breiten sozialen Bewegung gegen das kommunistische Regime fähig. Anders stellt sich die Lage im Bereich der Industriearbeiterschaft dar, besonders in den perspektivenlosen Staatsunternehmen mit ihren oft riesigen Belegschaften. Sollten sich die Ansätze zur Bildung autonomer Arbeitervertretungen ausweiten, die sich in diesem Frühjahr in mehreren Regionen Chinas gezeigt haben, so könnte die Herrschaft der Kommunistischen Partei vielleicht in ihrem Kern getroffen werden: in den städtischen politischen Zentren und in der Berufung auf die Unterstützung durch die Arbeiterklasse. Angesichts eines übermächtigen und im Alarmzustand befindlichen Repressionsapparats, der Anweisung hat, jede Form der Unruhe im Keim zu ersticken, scheinen die Möglichkeiten zur Formierung einer überbetrieblichen oder gar überregionalen Arbeiterbewegung aber begrenzt.

Die größte Bedrohung für das kommunistische Regime stellt somit wohl der schleichende Verfall der Parteiorganisation²⁸ dar: Korruption, Illoyalität und Orientierungslosigkeit unter den Parteikadern erodieren die Grundlagen der Parteiherrschaft und lassen sich - anders als Arbeiter- und Bauernproteste - nicht mit Hilfe von Bewaffneter Volkspolizei, Armee und Panzern bekämpfen.

Anmerkungen

- 1) Zu solchen Szenarien siehe C.a., 94/1, S.43; 94/3, S.247.
- 2) Thomas Heberer, "Droht dem chinesischen Reich der Zerfall? Bedrohung durch wachsende Nationalitätenunruhen", *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 64-1991. Siehe auch C.a., 93/12, S.1150-51.
- 3) Zit. n. ZM, 92/1, S.8-9.
- 4) Eigene Berechnungen, abweichend von Angaben in ZM.
- 5) ZM, 94/6, S.9-10.
- 6) ZM, 92/5, S.20.
- 7) Zu Arbeiterunruhen vgl. ZM, 93/3, S.19; FEER, 7.5.92, S.22; FAZ, 13.7.92.
- 8) ZM, 92/12, S.36-7.
- 9) ZM, 94/4, S.21; *Dangdai*, Hongkong, 15.5.94, S.20-22.
- 10) *Dangdai*, a.a.O.; ZM, 94/4, S.30-31; SCMP, 27.3.94; DX, 94/3, S.23.
- 11) ZM, 94/6, S.9-10.
- 12) Daten und Quellen zu den ländlichen Unruhen des Jahres 1993 finden sich bei Chiang Chen-ch'ang, "A Study of Social Conflict in Rural Mainland China", in: *Issues & Studies*, March 1994, S.35-50; C.a., 1993/6, S.561; FEER, 15.7.93, S.68-69; *The Economist*, 19.6.93, S.59-60. Zu Bauernunruhen in den Vorjahren siehe ZM, 93/2, S.26-27; FAZ, 20.2.1993. Zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation der Landbevölkerung siehe das hochinteressante Symposium in *Liaowang*, Beijing, 2.5.94, S.12-21.

- 13) Siehe C.a., 94/1, S.41-42.
- 14) Vgl. Dai Xuanzhi, *Zhongguo mimi zongjiao yu mimi shehui* (Chinesische Geheimreligionen und Geheimgesellschaften), 2 Bde., Taibei 1990; Cai Shaoqing, *Zhongguo mimi shehui* (Chinesische Geheimgesellschaften), Hangzhou 1989.
- 15) Ministerium für Öffentliche Sicherheit, Sektion I (*Gonganbu yiju*), *Fandong huidaomen jianjie* (Reaktionäre Geheimgesellschaften. Eine kurze Einführung [zum internen Gebrauch]), Beijing 1985. Das Original ist einzusehen am Fairbank-Center, Harvard; eine Kopie befindet sich am Institut für Asienkunde. Überaus interessant im Hinblick auf die nie vollständig unterdrückten Aktivitäten von Geheimgesellschaften in der Provinz Henan sind die verstreuten Angaben im *Anyang xian zhi* (Annalen des Kreises Anyang), Beijing 1990.
- 16) Zit.n. ZM, 93/10, S.23.
- 17) Vgl. Oskar Weggel, "Das chinesische Geheimbundwesen", C.a., 93/9, S.918-41; Cai Shaoqing, "Dangdai Zhongguo heishahui wenti chutan" (Einige vorläufige Bemerkungen zur Frage der kriminellen Geheimbünde im gegenwärtigen China), *Nanjing daxue xuebao* (Fachjournal der Universität Nanjing), Nr.3 (1992), S.143-52.
- 18) Dokument des MfÖS vom 12.3.1992, zit.n. ZM, 92/5, S.20-21; bestätigt durch ZXS, 10.4.94, nach SWB, 29.4.94.
- 19) Vgl. Zhou Ying et al., *Xuechao xianxiang* (Das Phänomen der Studentenrevolten), Chengdu 1991, bes. S.32-4 und 49-50.
- 20) Vgl. ZM, 91/6, S.6-9; 6/92, S.26-27; 9/92, S.29; 93/1, S.25; Militärischer Nachrichtendienst der Republik China, *Dalu minzhong kangbao ji xinli qingshi huibian* (Dokumentation über den Widerstand gegen die Diktatur und die psychologische Lage der Bevölkerung auf dem Festland), Taibei 1992, S.1-19.
- 21) ZM, 94/6, S.9-10.
- 22) DX, 94/5, S.12; ZM, 94/6, S.6.
- 23) RMRB, 13.5.94.
- 24) Vgl. das in DX, 94/5, S.10-11, zitierte MfÖS-Zirkular.
- 25) Siehe Frederic Wakeman, "Models of Historical Change: The Chinese State and Society, 1839-1989", in: Kenneth Lieberthal et al. (Eds.), *Perspectives on Modern China: Four Anniversaries*, Armonk/London 1991, S.68-102, bes. S.89-93.
- 26) SCMP, 14.3.94.
- 27) Siehe C.a., 94/3, S.247.
- 28) Vgl. C.a., 94/1, S.40; 94/2, S.123.

Oskar Weggel

Alltag in China (Folge 6, Fortsetzung) Beruf und Freizeit

Gliederung:

- 5.2.2 Zweit- und Drittberufe: Sonnen- und Schattenseiten des *xiahai*
- 5.2.3 Privatbetriebe - die neuen Kleinen Tiger
- 5.2.4 Alltag in der Arbeitslosigkeit
- 5.3 Der Konsumalltag
- 5.3.1 Preisgewitter
- 5.3.2 Sonnenschein über dem Handel
- 5.3.2.1 Wie sich die einst leeren Regale gefüllt haben
- 5.3.2.2 Werbung und Anzeigewesen, Bilder und Spruchteppiche
- 5.3.2.3 Neue Zahlungsarten als Ausdruck von Marktgegebenheiten
- 5.4 Der "Alltag" des Steuerzahlers
- 5.5 Freizeit
- 5.5.1 Die Reprivatisierung der Freizeit
- 5.5.2 Freizeit in der "Natur"
- 5.5.3 Freizeit und Lernen: prallvoll mit Studierangeboten
- 5.5.4 Profile der Freizeitgestaltung
- 5.5.4.1 Freizeit mit Tieren und Pflanzen
- 5.5.4.2 Freizeit mit Weiqi, Majiang und anderen Spielen
- 5.5.4.3 Die Wiedergeburt der Sammelleidenschaft
- 5.5.4.4 Sport
- 5.5.4.4.1 "Massengymnastik" in Schulen und Parks
- 5.5.4.4.2 Spitzensport: Vom "Barfuß- zum Spitzensprinter"
- 5.5.4.4.3 Sportausbildung
- 5.5.4.4.4 Der Fußball auf dem Wege zum neuen Volkssport
- 5.5.4.4.5 Traditions-"Sport"
- 5.5.4.5 Reisen - für die meisten noch ein Traum
- 5.5.4.6 Schlüpfrige Versionen der neuen Freizeitgestaltung

5.2.2

Zweit- und Drittberufe: Sonnen- und Schattenseiten des *xiahai*

Nebeneinkommen gehören seit Mitte der 80er Jahre zu den neuen sozialen Errungenschaften.

Ganz im Gegensatz zu deutschen Gewohnheiten war es in China bis dahin durchaus nicht unhöflich, jemanden nach seinem Einkommen zu fragen - wäre eine solche Frage doch beinahe überflüssig gewesen, da die Löhne beim Staat ohnehin ein öffentliches Geheimnis waren.

Inzwischen allerdings hat sich die Situation grundlegend verändert:

Erstens nämlich wird die Lohnstruktur immer komplizierter, da sich auf den Gehaltszetteln längst bis zu acht Posten aufgelistet finden, die vom Grundlohn über Preis-subsidien, Feiertagszuschläge und Verkehrszuschüsse bis hin zu Prämien reichen, die zweimonatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder ganzjährig für Sonderleistun-